Kleine Anfrage

des Abgeordneten Dr. Augsten (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

und

Antwort

des Thüringer Innenministeriums

Gutscheinpraxis im Kreis Weimarer Land

Die **Kleine Anfrage 3042** vom 30. April 2013 hat folgenden Wortlaut:

Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem Urteil vom 18. Juli 2012 die bisherigen Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) für Asylbewerberinnen und Asylbewerber als zu niedrig eingestuft und eine Anpassung an das geltende Existenzminimum nach Hartz-IV-Niveau verlangt. Auf dieser Grundlage hat das Thüringer Innenministerium am 19. September 2012 die bis dato gültige Vorgabe zur Gutscheinpraxis gegenüber der Bargeldausgabe geändert. Jede Kommune besitzt danach die Wahlfreiheit, an die Betroffenen Wertgutscheine oder Bargeld auszugeben. Thüringenweit haben Landkreise und kreisfreie Städte daraufhin im letzten Jahr mehrheitlich die Einführung der Bargeldauszahlung beschlossen. Auch der öffentliche Tenor kritisiert überwiegend das vielfach als diskriminierend empfundene Gutscheinsystem. Das Weimarer Land gehört neben Greiz bisher jedoch zu den letzten beiden Thüringer Landkreisen, die entgegen dem vorherrschenden Zeitgeist vehement daran festzuhalten versuchen.

Als maßgeblicher Befürworter der Gutscheinpraxis hat sich der Landrat des Kreises Weimarer Land, Herr Münchberg, hervorgetan (Rede anlässlich der Kreistagsitzung am 29. November 2012 - veröffentlicht unter der Rubrik "Gläsernes Landratsamt" im Amtsblatt Kreis Weimarer Land Nr. 08/12 am 22. Dezember 2012 - und diverse Äußerungen in der Presse).

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie bewertet die Landesregierung in kommunalaufsichtlicher Hinsicht die Praxis der Ausgabe von Wertgutscheinen an Asylbewerberinnen und Asylbewerber für Grundleistungen nach § 3 Abs. 1 und 2 AsylbLG in den Landkreisen Weimarer Land und Greiz vor allem vor dem Hintergrund des Urteils des Bundesverfassungsgerichts vom 18. Juli 2012 und dem Erlass des Thüringer Innenministeriums vom 19. September 2012?
2. Macht sich die Landesregierung die Bewertung des Landrats Münchberg zueigen, wonach das Asylbewerberleistungsgesetz angesichts des seiner Meinung nach hohen Grads der Zweckentfremdung und des Leistungsmissbrauchs den Zuzug von Asylsuchenden nicht erleichtern sondern eher erschweren sollte?
3. Wäre eine Förderung der Willkommenskultur nach Ansicht der Landesregierung ein geeignetes Mittel, dem angesichts der demografischen Entwicklung und Abwanderung zu erwartenden Arbeitskräftemangel zu begegnen, wenn ja, welche Maßnahmen hat die Landesregierung ergriffen, um die Willkommenskultur in Thüringen zu fördern?

Das **Thüringer Innenministerium** hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 7. Juni 2013 wie folgt beantwortet:

Zu 1.:

Die Durchführung der Aufgaben nach dem Asylbewerberleistungsgesetz ist eine Aufgabe, die die Landkreise und kreisfreien Städte im übertragenen Wirkungskreis wahrnehmen. Die Ausgabe von Wertgutscheinen in den Landkreisen Weimarer Land und Greiz entspricht den bundesrechtlichen Vorgaben des Asylbewerberleistungsgesetzes. Weder die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 18. Juli 2012 noch der Erlass des Thüringer Innenministeriums vom 19. September 2012, der die Form der Leistungsausreichung den Landkreisen und kreisfreien Städten freistellt, stehen einer Ausreichung von Wertgutscheinen entgegen.

Zu 2.:

Die Landesregierung sieht davon ab, diese Meinungsäußerung zu kommentieren. Im Übrigen wird auf die Ausführungen des Bundesverfassungsgerichts im Urteil vom 18. Juli 2012, Rn. 121, Az: 1 BvL 10/10 - und -1 BvL 2/11 - verwiesen.

Zu 3.:

Die Fachkräftegewinnung ist ein erklärtes Ziel der Landesregierung. Neben der noch besseren Ausschöpfung heimischer Potentiale gehört dazu auch die Verbesserung der Zuwanderung und Integration ausländischer Fachkräfte sowie die Förderung einer Willkommenskultur.

So fördert das Thüringer Innenministerium auf der Grundlage der "Richtlinie zur Gewährung von Zuwendungen des Freistaats Thüringen für die Förderung der Integration von Menschen mit Migrationshintergrund" im Rahmen der jährlich zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel Projekte der Integration von Zuwanderern. Projektträger sind u.a. Kirchen, Wohlfahrtsverbände, Kommunen, Volkshochschulen und Vereine. Seit dem Jahr 2008 wird jährlich ein Betrag von 500.000 Euro für etwa 30 Projekte pro Jahr aufgewendet.

Vorrangig werden Maßnahmen gefördert, die der aktiven Eingliederung bleibeberechtigter Zugewanderter dienen. Die inhaltlichen Schwerpunkte der Projektförderung umfassen insbesondere eine verbesserte Koordination der Beratungstätigkeit, eine Steigerung der Sprachkompetenz sowie eine Erhöhung der Erwerbschancen. Im Hinblick auf die Förderung der Willkommenskultur werden derzeit drei Projekte gefördert, die dieses Thema als konkretes Ziel in ihrem Maßnahmenplan festgeschrieben haben (Thüringer Volkshochschulverband e. V. "Vom Nebeneinander zum Miteinander", Volkshochschule Schmalkalden-Meiningen "WILMA - Willkommenskultur, Migranten, Anerkennungskultur" und Interkultureller Verein Gera e. V. "Gera stärkt Vielfalt"). Viele weitere Projekte zielen zudem indirekt auf eine Verbesserung der Willkommens- und Anerkennungskultur.

Darüber hinaus beschäftigt sich derzeit auch eine Arbeitsgruppe mit der Vorbereitung einer "Thüringer Initiative Willkommenskultur". Die Arbeitsgruppe besteht aus Vertretern mehrerer Ministerien, der Ausländerbeauftragten des Landes, der Landesentwicklungsgesellschaft, des Instituts der Wirtschaft Thüringens, der Industrie- und Handelskammer Erfurt, der Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit sowie des Netzwerks Integration durch Qualifizierung.

Durch die Initiative soll die Entwicklung einer Willkommenskultur in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens im Freistaat Thüringen vorangetrieben werden. Ein wesentliches Element dabei wird die Einrichtung eines so genannten Welcome Centers sein, das als erste Anlaufstelle für Fachkräfte aus dem Ausland fungiert und sie an die richtigen Ansprechpartner weiterleitet. Dieses Welcome Center soll bei der Thüringer Agentur für Fachkräftegewinnung (ThAFF) angesiedelt werden.

Geibert
Minister